

INFO

POLIT-TELEGRAMM AUS DEM PARLAMENT
8302 Höhenstraße 28, Tel. 0664/460 53 49, Fax 0316/493 003 11

Juni 2006

NRAbg. Ridi Steibl
e-mail: ridi.steibl@stvp.at

Senkung der Klassenschülerhöchstzahl ist Ziel der ÖVP!

Die SPÖ macht es sich – wie gewohnt – auch in dieser Frage leicht und reagiert mit populistischen Entschließungsanträgen, die jedoch am Kern des Problems vorbeigehen! **Den von den Regierungsparteien im Plenum des Nationalrates eingebrachten Entschließungsantrag, der eine langfristige und seriöse Absicherung der Schulqualität im Hinblick auf eine Senkung der Klassenschülerhöchstzahl auf 25 zum Inhalt hätte, hat die SPÖ hingegen abgelehnt!**

Die Frage der Klassengrößen ist nämlich eng verbunden mit zahlreichen anderen Bereichen: So regelt etwa der Finanzausgleich, der bekanntlich ein Vertrag ist, der zwischen den Ländern und dem Bund auf vier Jahre geschlossen wurde, die Verhältniszahlen für den Pflichtschulbereich, also die Frage, wie viele Schülerinnen und Schüler auf einen Lehrer/eine Lehrerin kommen.

Die derzeitige Finanzausgleichsregelung hat noch Geltung bis zum Jahr 2008! Ohne Frage würden auch die Landeshauptleute der SPÖ höchst empört reagieren, wenn dieser Vertrag von Seiten des Bundes einseitig aufgekündigt würde!

Ziel muss es also sein, zu einem neuen Berechnungsmodus für die Finanzierung des Pflichtschullehrer-Personals zu gelangen, der eine Absenkung der Klassengrößen auf einen Richtwert von 25 Schülerinnen und Schülern vorsieht.

Ebenso zu berücksichtigen ist dabei, dass zusätzlich zu den im Finanzausgleich beschlossenen Verhältniszahlen weitere Sonderkontingente für zusätzliche Aufgaben, etwa die Tagesbetreuung oder die Sprachförderung, bestehen. Auch diese sollen in den neuen Berechnungsmodus einbezogen werden.

Klein- und Kleinstschulen sichern

Eine weitere Herausforderung, die sich im Zusammenhang mit der Frage der Klassengrößen stellt, ist die Frage des Umgangs mit Klein- und Kleinstschulstandorten. Wir setzen uns dafür ein, solche Schulstandorte so lange wie möglich zu erhalten. Auch bei der Finanzierung des Lehrer-Personals ist jedoch dafür Sorge zu tragen, dass Klein- und Kleinstschulstandorte nicht nur zum großen Lasten größerer Schulstandorte geführt werden können, sondern auch hier für eine geeignete Finanzierung gesorgt werden kann.

Wir wollen uns dafür einsetzen, dass zwischen Bundesregierung und den im Finanzausgleich vertretenen Gebietskörperschaften Länder, Städte und Gemeinden Gespräche über einen neuen Berechnungsmodus für das Pflichtschul-Lehrerpersonal verhandelt wird.

Denn eine Lösung dieser großen Herausforderungen kann nur gemeinsam mit allen involvierten Partnerinnen und Partnern gefunden werden!